

Recht Verraten und verkauft

Diskussion über italienische Militärinternierte

Von Maren Cronsnest

4200 italienische Militärinternierte, die während der NS-Zeit nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt wurden, hoffen auf Entschädigung. Am 19. Februar gibt es in Berlin einen Musterprozess.

Etwa 600 000 italienische Soldaten wurden nach dem Sturz Mussolinis und dem Zeitpunkt des Waffenstillstandsabkommens der neuen italienischen Regierung des Marschalls Badoglio mit den Alliierten zur Arbeit für das Deutsche Reich verurteilt. Mit einem Befehl Hitlers vom September 1944 wurde den Badogliani genannten »Verrätern« der Status der Kriegsgefangenschaft aberkannt. Es sollte keine internationale Kontrolle der zu Skeletten abgemagerten Arbeitssklaven geben.

Genau diese Tatsache wurde den Opfern durch ein vom deutschen Finanzministerium in Auftrag gegebenes Gutachtens des Berliner Völkerrechtlers Christian Tomuschat als Grund für die Entschädigungsverweigerung vorgehalten. Dies sei unzulässige Rechtsauslegung erklärte Rechtsanwalt Joachim Lau auf der Podiumsdiskussion »Entschädigung verweigert«, die am Sonntag in Berlin stattfand. Lau nannte die Bundesregierung »bösgläubig«.

Die IMI's hätten wie alle Zwangsarbeiter des NS-Regimes nur durch das deutsche Stiftungsgesetz eine Chance, ein wenig Geld und Anerkennung für ihre Leiden zu

bekommen. 119 000 Anträge liegen vor, am 31. 12. 2001 lebten noch 99 000 der Opfer. Mit einer Musterklage von zwei über achtzigjährigen IMI's steht Anwalt Lau am 19. Februar diesen Jahres vor dem Berliner Verwaltungsgericht.

4200 weitere italienische Opfer hoffen auf einen positiven Ausgang. »Dies wird mein letzter Prozess in Berlin«, so Lau. Vorsorglich hatte er Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.